

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

N. 2011 — 852

[C - 2011/29181]

**26 FEBRUARI 2002. — Besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap tot goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de Commissie voor gezondheidspromotie op school**

De Regering van de Franse Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 20 december 2001 betreffende de gezondheidspromotie op school, inzonderheid op artikel 27, § 5;

Gelet op het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 8 februari 2002 betreffende de Commissie voor gezondheidspromotie op school;

Gelet op de vaststelling van het huishoudelijk reglement door de Commissie voor gezondheidspromotie op school tijdens haar vergadering van 18 februari 2002,

Besluit :

**Artikel 1.** Het huishoudelijk reglement van de Commissie voor gezondheidspromotie op school, gevoegd als bijlage bij dit besluit, wordt goedgekeurd.**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt ondertekend.**Art. 3.** De Minister tot wier bevoegdheid de gezondheidspromotie op school behoort, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 26 februari 2002.

Voor de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister voor Hulpverlening aan de Jeugd en Gezondheid,  
Mevr. N. MARECHAL**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2011 — 853

[2011/201348]

**14. FEBRUAR 2011 — Dekret über Bestattungen und Grabstätten**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen***Artikel 1** - Im Sinne des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Interessenshabende(r): den Inhaber einer Konzession, seine Erben oder Rechtsnachfolger, aber auch nicht verwandte Personen, Verwaltungen oder Vereinigungen, die ein Interesse an dem historischen oder künstlerisch wertvollen Grabmal haben;
2. Person, die mit der Bestattung betraut ist: die Person, die der Verstorbene testamentarisch bezeichnet hat, oder, in Ermanglung, die Erben oder Rechtsnachfolger oder, in Ermanglung, die Person, die in der letzten Lebensphase mit dem Verstorbenen derart enge und häufige Kontakte pflegte, dass sie vermutlich den letzten Willen des Verstorbenen hinsichtlich seiner Bestattungsart kennt.

**Art. 2** - Friedhöfe und Krematorien unterliegen der Amtsgewalt, der Ordnungsbefugnis und der Aufsicht der Gemeindebehörden, die dafür sorgen, dass dort keinerlei Unordnung herrscht, keine Handlungen verrichtet werden, die gegen die Ehrfurcht vor den Toten verstoßen, und keine Exhumierung ohne Erlaubnis des Bürgermeisters erfolgt.

Auf interkommunalen Friedhöfen und Krematorien üben die Behörden der Gemeinde, in der der Friedhof oder das Krematorium gelegen ist, die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse aus.

**Art. 3** - Die Beisetzung der sterblichen Überreste in der Erde und die Verstreuung der Asche sind kostenlos für die Personen, die im Bevölkerungsregister, im Ausländerregister oder im Warteregister der Gemeinde eingetragen sind.

Für Konzessionen kann eine Gebühr erhoben werden.

KAPITEL 2 — *Bestattungsstätten**Abschnitt 1 — Öffentliche Friedhöfe und Krematorien***Art. 4** - § 1 - Jede Gemeinde verfügt über mindestens einen Friedhof.

Nur eine Gemeinde oder eine Interkommunale kann einen Friedhof oder ein Krematorium errichten und betreiben.

Im Falle eines interkommunalen Friedhofs oder Krematoriums üben die Organe der Interkommunalen die in den Artikeln 4 § 2 Absatz 2, 5, 6 § 1, 7, 9 - 14, 21 § 1 Absatz 1, 22 und 24 dieses Dekrets vorgesehenen Befugnisse der Gemeindebehörden aus.

Krematorien werden innerhalb eines Friedhofs oder auf einem angrenzenden Grundstück, das in derselben Gemeinde wie der Friedhof gelegen ist, errichtet.

Die Regierung bestimmt die Kriterien zur Errichtung und zur Betreuung der Krematorien. Sie organisiert die Einhaltung dieser Kriterien.

§ 2 - Jeder Friedhof verfügt über Parzellen für Gräber. In jeder Gemeinde gibt es mindestens ein Urnenfeld, eine Streuwiese und ein Kolumbarium.

Der Gemeinderat kann eine in den Friedhof integrierte Parzelle anlegen, die die Bestattung gemäß den Riten und Traditionen von anerkannten Kulturen ermöglicht.

§ 3 - Friedhöfe sind so umfriedet, dass sie den Charakter einer würdevollen Ruhestätte garantieren.

**Art. 5 - § 1** - Sind für Beerdigungen neue Friedhöfe angelegt worden, legt der Gemeinderat das Datum fest, ab dem keine Beerdigungen mehr auf den früheren Friedhöfen stattfinden.

Diese bleiben in dem Zustand, in dem sie sich befinden; sie dürfen mindestens zehn Jahre lang zu keinem anderen Zweck verwendet werden.

Der Gemeinderat beschließt, wie der Schließungsbeschluss bekannt gemacht wird.

§ 2 - Nach Ablauf der in § 1 festgesetzten Frist oder mindestens zehn Jahre nach der letzten Beerdigung, wobei die Eintragung im Beerdigungsregister Beweiskraft hat, wird der Beschluss des Gemeinderats zur Änderung der Zweckbestimmung der früheren Friedhofsgelände der Regierung zur Billigung vorgelegt. Ausgrabungen und Tiefbauarbeiten dürfen jedoch nur mit Zustimmung der zuständigen Inspektion für Hygiene ausgeführt werden.

§ 3 - In Ermangelung eines Beschlusses, der das Datum festlegt, ab dem keine Beerdigungen mehr stattfinden dürfen, kann der Gemeinderat ebenfalls eine Änderung der Zweckbestimmung des früheren Friedhofs beschließen, wenn mindestens zehn Jahre seit der letzten Beerdigung auf diesem Friedhof verstrichen sind, wobei die Eintragung im Beerdigungsregister Beweiskraft hat.

In diesem Fall wird der Beschluss des Gemeinderats zur Änderung der Zweckbestimmung des Friedhofs erst wirksam, nachdem eine Abschrift des Beschlusses während eines Jahres am Eingang des Friedhofs angeschlagen worden ist.

Die Bestimmungen von § 2 finden Anwendung.

**Art. 6 - § 1** - Jede Gemeinde verfügt über eine vom Gemeinderat verabschiedete Friedhofsordnung und ein Friedhofsregister. Dieses Register kann in Papierform oder in elektronischer Form bestehen. Ein Register in Papierform ist gebunden und die Seiten sind durchnummeriert.

Wenn eine Gemeinde mehrere Friedhöfe verwaltet, kann sie ein Register pro Friedhof führen oder alle Friedhöfe in einem Register verwalten.

§ 2 - Das Register enthält mindestens folgende Informationen:

1. den Namen des Friedhofs;
2. die Daten, an denen der Friedhof geschaffen und ausgedehnt wurde;
3. gegebenenfalls das Datum, ab dem keine Beerdigungen mehr stattgefunden haben;
4. gegebenenfalls das Datum der Schließung des Friedhofs und die Frist für die Rücknahme der Grabmäler.

Außerdem enthält das Register:

1. für jede Grabstätte und jede Zelle des Kolumbariums:
  - a) die Nummer der Parzelle, der Grabreihe, der Grabstätte und der Zelle;
  - b) einen Eintrag über das Vorhandensein einer Konzession;
  - c) die Identität der Verstorbenen und die Angabe, ob eine Einbalsamierung vorgenommen wurde;
  - d) das Datum der Bestattung jedes Sargs und jeder Urne;
  - e) das Datum der Exhumierung jedes Sargs und jeder Urne aus der Grabstätte und seine/ihre neue Bestimmung;
  - f) das Datum der Verlegung der sterblichen Überreste und der Asche oder das Datum der Einäscherung der sterblichen Überreste und der Verstreuung der Asche;
  - g) das Datum der Verlegung der Grabstätten auf einen neuen Friedhof und die Angabe ihres neuen Platzes;
2. für jede Streuwiese: die Identität der Verstorbenen, deren Asche verstreut wurde, sowie das Datum der Verstreuung;
3. für jede erteilte Konzession:
  - a) das Datum des Beginns der Konzession, ihre Dauer, ihr Ende und ihre eventuellen Erneuerungen mit deren Dauer;
  - b) die Anzahl offener Stellen für die Bestattung von Särgen oder Urnen;
  - c) die Liste der Begünstigten der Konzession und ihre Abänderungen;
  - d) das Datum, an dem die sterblichen Überreste und die Asche in einen einzigen Sarg gelegt wurden und die Abschrift der diesbezüglichen Erlaubnis des Bürgermeisters;
  - e) das Datum der Urkunde, die den Ablauf der Konzession ankündigt;
  - f) die Frist für die Rücknahme der Grabmäler;
4. für jede Grabstätte, für die keine Konzession besteht und die Gegenstand eines Entfernungsbeschlusses ist:
  - a) das Datum des Beschlusses zur Entfernung der Grabstätte;
  - b) das Datum, an dem dieser Beschluss angeschlagen wurde;
  - c) die Frist für die Rücknahme der Grabmäler;
5. für jede Grabstätte, deren Zustand der Verwahrlosung festgestellt wurde:
  - a) das Datum des Beschlusses, der die Verwahrlosung feststellt;
  - b) das Datum, an dem dieser Beschluss angeschlagen wurde;
  - c) das Ende der Bekanntmachung;
6. für jedes Grabmal, das unter Denkmalschutz steht: das Datum des Erlasses zur Unterschutzstellung.

Die in Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *c*) vorgesehenen Angaben zur Identität der Verstorbenen umfassen mindestens und soweit bekannt deren Namen, Vornamen, Geburtsort und -datum sowie gegebenenfalls die Nationalregisternummer.

#### *Abschnitt 2 — Grabstättenkonzessionen*

**Art. 7 - § 1** - Der Gemeinderat kann Konzessionen für Grabstellen, Gruften oder Zellen des Kolumbariums erteilen. Er kann dem Gemeindegremium diese Befugnis übertragen.

Konzessionen sind nicht abtretbar.

§ 2 - Der Inhaber der Konzession erstellt zu Lebzeiten oder durch ein Testament eine Liste der Begünstigten der Konzession. Diese Liste kann jederzeit verändert werden; sie wird bei der Gemeindeverwaltung hinterlegt und in das Friedhofsregister aufgenommen.

Nach dem Tod des Konzessionsinhabers entscheiden die Begünstigten gemeinsam über die Bestimmung der freien oder der freigewordenen Plätze in der Konzession. Bei Uneinigkeit entscheiden die Rechtsnachfolger des Konzessionsinhabers.

Liegt keine Liste mit den Begünstigten vor, kann eine Konzession nur für den Inhaber, seinen Ehepartner, seinen gesetzlich Zusammenwohnenden, seine Verwandten oder Verschwägerten bis zum 4. Grad als Grabstätte dienen.

§ 3 - Die Rechtsnachfolger der Verstorbenen, die in der durch Konzession vergebenen Grabstätte ruhen, können mit Erlaubnis des Bürgermeisters, der die Begünstigten dazu befragt:

1. die sterblichen Überreste mehrerer seit mehr als 30 Jahren Verstorbener in einem einzigen Sarg zusammentragen;
2. die seit mehr als zehn Jahren beerdigte Asche mehrerer Verstorbener zusammentragen.

Die Erlaubnis des Bürgermeisters wird in das Friedhofsregister eingetragen.

§ 4 - Eine Konzession kann für die Mitglieder einer oder mehrerer Glaubensgemeinschaften sowie für Personen, die bei der Gemeindebehörde jede einzeln ihren diesbezüglichen Willen äußern, als Grabstätte dienen.

Ein Konzessionsantrag kann zugunsten einer Drittperson eingereicht werden.

Für Personen, die zum Todeszeitpunkt eine eheähnliche Gemeinschaft bildeten, kann der Überlebende eine Konzession beantragen.

Die zuständige Gemeindebehörde kann die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Konzessionsanträge ablehnen, wenn kein Bezug der Begünstigten zur Gemeinde erkennbar ist.

**Art. 8 - § 1** - Konzessionen werden für eine Laufzeit von höchstens 50 Jahren erteilt. Sie sind erneuerbar.

§ 2 - Mindestens ein Jahr vor Ablauf der Konzession oder ihrer Erneuerung erstellt der Bürgermeister oder sein Beauftragter eine Urkunde, in der daran erinnert wird, dass bis zu einem bestimmten Datum ein Erneuerungsantrag einzureichen ist.

Diese Urkunde wird an den Inhaber der Konzession oder, wenn er verstorben ist, an seine Erben oder Rechtsnachfolger gerichtet.

Eine diesbezügliche Bekanntmachung wird während mindestens einem Jahr am Eingang des Friedhofs und, falls die Friedhofsordnung dies vorsieht, an der Grabstätte ausgehängt.

§ 3 - Auf einen von jedem Interessehabenden vor Ablauf der festgelegten Frist eingereichten Antrag können aufeinanderfolgende Erneuerungen gewährt werden.

Erneuerungen werden nur dann verweigert, wenn der Zustand der Verwahrlosung gemäß Artikel 12 beim Antrag auf Erneuerung festgestellt wurde.

Die Regierung kann Vereinigungen mit Rechtspersönlichkeit als Interessehabende anerkennen, insofern sie im Hinblick auf das Vorlegen ausreichender finanzieller Garantien für den Unterhalt einer Konzession gegründet worden sind, und Regeln für diese Garantien festlegen.

§ 4 - Auf von jedem Interessehabenden vor Ablauf des festgesetzten Zeitraums eingereichten Antrag hin läuft ein neuer Zeitraum gleicher Dauer ab jeder neuen Beisetzung in der Konzession. Ist keine Erneuerung zwischen dem Datum der letzten Beisetzung in der Konzession und dem Ablauf des Zeitraums, für den diese gewährt worden ist, erfolgt, wird die Grabstätte während fünf Jahren ab dem Sterbedatum erhalten, insofern der Tod weniger als fünf Jahre vor dem Ablaufdatum der Konzession eingetreten ist.

**Art. 9** - Der Gemeinderat bestimmt die Laufzeit, die Höhe der Gebühr und die Bedingungen für die Erteilung der Konzessionen.

In den in Artikel 8 § 3 Absatz 1 und § 4 erwähnten Fällen wird die von der Gemeinde verlangte Gebühr im Verhältnis zu der Anzahl Jahre, die das Ablaufdatum der vorigen Konzession übertrifft, berechnet.

**Art. 10** - Die Konzessionen auf Lebenszeit, die vor dem 13. August 1971 erteilt wurden, enden am 31. Dezember 2012 und fallen zurück an die Gemeinde, wenn keine Erneuerung gemäß Artikel 8 beantragt und gewährt wurde.

Diese Konzessionen werden gegebenenfalls für die in der Gemeinde geltende Höchstlaufzeit gebührenfrei erneuert.

**Art. 11** - Bei der Schließung eines Friedhofs wird auf Antrag jedes Interessehabenden, der vor dem Datum eingereicht wird, ab dem gemäß Gemeinderatsbeschluss keine Bestattungen mehr durchgeführt werden, eine Parzelle mit gleicher Fläche wie die ursprünglich im Rahmen einer Konzession überlassene Parzelle auf dem neuen Friedhof gewährt.

Der Gemeinderat legt die Verlegungsbedingungen fest.

**Art. 12** - Die Interessehabenden sorgen für den Unterhalt der durch Konzession zur Verfügung gestellten Grabstätten.

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter stellt den Zustand der Verwahrlosung in einer Urkunde fest, das heißt die Vernachlässigung des Unterhalts einer Grabstätte, die ständig unsauber, von Pflanzen überwuchert, verfallen, eingesunken oder baufällig ist oder die nicht über ein durch die Friedhofsordnung vorgesehenes Grabmal verfügt.

Eine diesbezügliche Bekanntmachung wird während mindestens einem Jahr am Eingang des Friedhofs und, falls die Friedhofsordnung dies vorsieht, an der Grabstätte ausgehängt.

Nach Ablauf dieser Frist und in Ermangelung der Instandsetzung fällt die Grabstätte an die Gemeinde zurück.

*Abschnitt 3 — Grabmäler*

**Art. 13** - Jeder hat das Recht, auf dem Grab seiner Verwandten oder Freunde ein Grabmal zu errichten, wenn der Verstorbene nicht anders darüber verfügt hat oder seine Angehörigen sich dem nicht widersetzen.

Der Gemeinderat regelt die Ausübung dieses Rechts und insbesondere alles, was die Abmessungen der Grabmäler und die Art der zu verwendenden Baustoffe betrifft.

**Art. 14** - Wird eine Grabstättenkonzession aufgehoben oder der in Artikel 11 vorgesehene Verlegungsantrag nicht eingereicht, werden nicht entfernte Grabmäler und eventuell noch bestehende unterirdische Bauten Eigentum der Gemeinde.

Werden Reihengräber für neue Beerdigungen verwendet, werden die Interessehabenden anhand einer am Friedhofseingang und, wenn die Friedhofsordnung dies vorsieht, an der Grabstätte angeschlagenen Bekanntmachung über die Frist unterrichtet, in der sie Grabmäler entfernen können; nach Ablauf dieser Frist oder der Verlängerung wird die Gemeinde Eigentümer der Baustoffe.

Das Gemeindegremium legt die in Absatz 2 erwähnte Frist fest oder verlängert diese.

Das Gemeindegremium entscheidet über die Zweckbestimmung der Baustoffe, die der Gemeinde zufallen.

**Art. 15** - Grabmäler, die älter als 65 Jahre sind, dürfen nur mit Genehmigung der Regierung, die ein Gutachten der Denkmalschutzkommission einholt, entfernt werden.

*KAPITEL 3 — Bestattungen und bestattungsarten**Abschnitt 1 — Bestattungsarten*

**Art. 16** - § 1 - Bestattungsarten sind entweder die Beerdigung oder die Einäscherung mit Streuung oder Aufbewahrung der Asche.

§ 2 - Jeder hat zeit seines Lebens das Recht, den Standesbeamten seiner Gemeinde über seinen letzten Willen schriftlich in Kenntnis zu setzen. Dieses Dokument kann die Bestattungsart, die Bestimmung der Asche, die Art der Trauerfeier und das Vorhandensein einer Bestattungsversicherung umfassen.

Diese letztwillige Verfügung wird dem in Artikel 25 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Antrag auf Genehmigung einer Einäscherung oder der in Artikel 25 § 2 vorgesehenen Handlung gleichgestellt.

Wenn der Tod in einer anderen Gemeinde als der Gemeinde des Hauptwohnsitzes eingetreten ist, übermittelt die Gemeinde des Hauptwohnsitzes des Verstorbenen der Gemeinde, in der der Tod eingetreten ist, auf deren Antrag unverzüglich die in Absatz 1 erwähnten Angaben.

Liegt keine Verfügung mit dem letzten Willen vor, bestimmt die Person, die mit der Bestattung betraut ist, die Bestattungsart, gegebenenfalls die Bestimmung der Asche und die Art der Trauerfeier.

§ 3 - Föten, die vor dem 180. Tag der Schwangerschaft geboren wurden, werden gemäß dem Wunsch der Eltern oder der Person, die mit der Bestattung betraut ist, beerdigt oder eingäschert.

**Art. 17** - Bestattungen von Bedürftigen erfolgen würdevoll und hinsichtlich der Bestattungsart gemäß den Wünschen des Verstorbenen.

Die Kosten der Bestattung sind zulasten der Gemeinde, in der die Bedürftigen im Bevölkerungsregister, im Ausländerregister oder im Warteregister eingetragen sind, oder, wenn sie nirgends eingetragen sind, in der sie verstorben sind.

*Abschnitt 2 — Einsargung und Beförderung der sterblichen Überreste*

**Art. 18** - Die sterblichen Überreste werden in einen Sarg gelegt.

Die Verwendung von Särgen, Hüllen, Leichentüchern und anderen Produkten und Verfahren, die die natürliche und normale Verwesung der Leichen oder die Einäscherung verhindern, ist verboten.

Eine vor der Einsargung vorgenommene Einbalsamierung kann in den von der Regierung bestimmten Fällen erlaubt werden.

Die Regierung bestimmt die im Absatz 2 erwähnten Gegenstände und Verfahren sowie die Bedingungen, denen die Särge genügen.

Der Bürgermeister oder sein Beauftragter kann der Einsargung beiwohnen.

**Art. 19** - Die Beförderung der Särge erfolgt würdevoll in einem Leichenwagen oder einem speziell zu diesem Zweck ausgerüsteten Fahrzeug. Die Beförderung findet statt, nachdem der Arzt, der den Tod festgestellt hat, bescheinigt, dass eine natürliche Todesursache vorliegt und keine Gefahr für die Volksgesundheit besteht.

Die Beförderung von Urnen erfolgt würdevoll und mit Respekt vor den Toten.

Die Aufsicht über Trauerzüge obliegt in allen Fällen der Gemeindebehörde, die dafür sorgt, dass sie ordentlich, würdevoll und in Ehrfurcht vor den Toten erfolgen.

*Abschnitt 3 — Beerdigung*

**Art. 20** - Der Standesbeamte der Gemeinde, in der der Tod festgestellt wurde, erteilt eine kostenlose Genehmigung, die sterblichen Überreste zu beerdigen.

Tritt der Tod nicht im deutschen Sprachgebiet ein, ist die durch die zuständige Behörde ausgestellte Beerdigungsgenehmigung der in Absatz 1 erwähnten Genehmigung gleichgestellt.

**Art. 21** - § 1 - Beerdigungen finden auf Gemeindefriedhöfen oder auf interkommunalen Friedhöfen statt.

Die Regierung kann auf Vorschlag des Bürgermeisters der Gemeinde, in der die Beerdigung stattfinden soll, eine Abweichung von der in Absatz 1 festgelegten Bestimmung gewähren.

Die Regierung gewährt die Abweichung aus religiösen oder philosophischen Gründen, es sei denn, Gründe der Volksgesundheit lassen dies nicht zu.

§ 2 - Beerdigungen können jedoch weiterhin auf Privatfriedhöfen stattfinden, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bestanden und auf denen nach dem 13. August 1971 noch Beerdigungen stattgefunden haben.

Für Privatfriedhöfe gelten die Artikel 2, 22 Absatz 1 und 23.

**Art. 22** - Särge werden in der Erde waagrecht mindestens 120 cm und Urnen mindestens 80 cm tief begraben.

**Art. 23** - In Gruften werden Särge und Urnen mindestens 80 cm tief beigesetzt.

Das Anlegen von Grabstätten über der Bodenoberfläche ist untersagt.

Beisetzungen in Grabstätten über der Bodenoberfläche, die bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bestehen, können jedoch weiterhin stattfinden.

**Art. 24** - Im Reihengrab bleibt eine Grabstätte für Urnen mindestens fünf Jahre und eine Grabstätte für Särge mindestens zehn Jahre erhalten.

Die Grabstätte im Reihengrab kann nur entfernt werden, wenn eine diesbezügliche Bekanntmachung während eines Jahres am Friedhofseingang und, wenn die Friedhofsordnung dies vorsieht, an der Grabstätte ausgehängt wird.

Der Gemeinderat entscheidet über die Bestimmung der innerhalb des Friedhofs entdeckten sterblichen Überreste. Diese werden respektvoll behandelt und dürfen außer zum Zweck der Einäscherung und unbeschadet Artikel 5 nicht vom Friedhof entfernt werden. Die Gemeinde führt im Friedhofsregister auf, was mit den innerhalb des Friedhofs entdeckten sterblichen Überresten geschehen ist.

#### Abschnitt 4 — Einäscherung

**Art. 25** - § 1 - Die Einäscherung eines Leichnams geschieht nur mit der Erlaubnis des Standesbeamten der Gemeinde, in der der Tod festgestellt wurde, wenn die Person in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets verstorben ist, oder des Prokurators des Königs des Bezirks, in dem entweder das Krematorium oder der Wohnsitz des Verstorbenen gelegen ist, wenn die Person im Ausland verstorben ist.

Tritt der Tod in Belgien außerhalb des deutschen Sprachgebiets ein, ist die durch die zuständige Behörde ausgestellte Erlaubnis zur Einäscherung der in Absatz 1 erwähnten Erlaubnis gleichgestellt.

Unbeschadet Artikel 26 § 2 wird die Erlaubnis nicht vor Ablauf einer Frist von 24 Stunden ab Erhalt des Antrags auf Einäscherung erteilt.

§ 2 - Für die Einäscherung nach Exhumierung ist die in Artikel 2 vorgesehene Exhumierungserlaubnis erforderlich.

Nach der Erteilung der Exhumierungserlaubnis übermittelt der Standesbeamte dem Prokurator des Königs des Bezirks des Ortes, in dem das Krematorium oder der Wohnsitz des Antragstellers gelegen ist, des Sterbeortes oder des Ortes, in dem die sterblichen Überreste beerdigt worden sind, den ordnungsgemäß begründeten Antrag auf Einäscherungserlaubnis, damit dieser darüber entscheidet.

Dem Antrag auf Einäscherungserlaubnis ist gegebenenfalls eine Bescheinigung aus den Bevölkerungsregistern beigefügt, die den letzten Willen des Verstorbenen hinsichtlich der Bestattungsart festlegt.

Der Prokurator des Königs, bei dem der Antrag eingereicht wurde, kann den Standesbeamten des Ortes, in dem der Tod festgestellt wurde, auffordern, ihm eine Akte mit der in Artikel 77 oder in Artikel 81 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bescheinigung zu übermitteln. Fehlt diese Bescheinigung, begründet der Standesbeamte dies.

**Art. 26** - § 1 - Jeder Antrag auf Einäscherung wird von der mit der Bestattung betrauten Person oder ihrem Beauftragten unterzeichnet.

Eine den Handlungsfähigkeitsbedingungen entsprechende Urkunde, die in der Form der Testamentsurkunden erstellt wurde und in der der Verstorbene den ausdrücklichen Willen äußert, dass seine sterblichen Überreste eingäschert werden sollen, kann als Antrag auf Einäscherung gelten.

§ 2 - Der Standesbeamte oder der Prokurator des Königs verweigert die Erlaubnis, wenn der Verstorbene mittels einer in § 1 Absatz 2 erwähnten Urkunde einer anderen Bestattungsart den Vorzug gegeben hat oder wenn ihm ein in § 3 vorgesehener Antrag zugestellt worden ist.

§ 3 - Jeder, der ein Interesse an der Erteilung oder Verweigerung der Einäscherungserlaubnis hat, kann einen diesbezüglichen Antrag beim Präsidenten des Gerichts erster Instanz des Ortes, in dem der Antrag auf Erlaubnis eingereicht wurde, stellen.

Der Antrag wird den anderen Parteien, die ein Interesse an der Erteilung oder Verweigerung der Erlaubnis haben, und dem Standesbeamten oder dem Prokurator des Königs, bei dem der Antrag auf Erlaubnis eingereicht wurde, zugestellt.

Der in Absatz 1 erwähnte Präsident entscheidet über den Antrag nach Anhörung der Staatsanwaltschaft wie im Verfahren für einstweilige Verfügungen.

**Art. 27** - § 1 - Dem Antrag auf Einäscherungserlaubnis wird eine Bescheinigung beigefügt, in der der behandelnde Arzt oder der Arzt, der den Tod festgestellt hat, angibt, dass es sich um einen natürlichen, gewaltsamen oder verdächtigen Tod handelt oder dass die Todesursache nicht ermittelt werden kann.

Handelt es sich um den Leichnam einer in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebietes verstorbenen Person und hat der in Absatz 1 erwähnte Arzt einen natürlichen Tod bestätigt, wird der Bericht eines vereidigten Arztes beigefügt, den der Standesbeamte mit der Untersuchung der Todesursache beauftragt. In diesem Bericht wird angegeben, dass es sich um einen natürlichen oder gewaltsamen oder verdächtigen Tod handelt oder dass die Todesursache nicht ermittelt werden kann.

Die Honorare und alle Kosten des vom Standesbeamten beauftragten Arztes gehen zulasten der Gemeinde, in der der Verstorbene im Bevölkerungsregister, Ausländerregister oder Warteregister eingetragen ist, oder, wenn er nirgends eingetragen ist, in der die Person verstorben ist.

§ 2 - Der Standesbeamte übermittelt die Akte dem Prokurator des Königs des Bezirks, wenn:

1. Umstände vorliegen, die auf einen gewaltsamen oder verdächtigen Tod oder auf eine unbestimmbare Todesursache schließen lassen;
2. der Arzt in einer der in § 1 vorgeschriebenen Unterlagen nicht bestätigen konnte, dass keine Zeichen oder Indizien für einen gewaltsamen oder verdächtigen Tod beziehungsweise für eine bestimmbare Todesursache vorlagen.

In diesem Fall wird die Einäscherung erst erlaubt, nachdem der Prokurator des Königs dem Standesbeamten mitgeteilt hat, dass er sich dieser nicht widersetzt.

**Art. 28** - Der Prokurator des Königs verfährt gemäß Artikel 81 des Zivilgesetzbuchs.

Die Familie oder die Person, die mit der Bestattung betraut ist, kann einen Arzt ihrer Wahl der Autopsie beiwohnen lassen.

**Art. 29** - § 1 - Die Asche der eingäscherten Leichname wird in Urnen gefüllt, die innerhalb des Friedhofs:

1. in einem Reihengrab oder in einer Grabstättenkonzession begraben werden;
2. in einem Kolumbarium beigesetzt werden.

Die Asche kann auf einer zu diesem Zweck bestimmten Parzelle des Friedhofs verstreut werden.

Die Asche des Verstorbenen wird mit Respekt und Würde behandelt und darf nicht Gegenstand einer gewerblichen Tätigkeit sein, mit Ausnahme der mit der Verstreuung oder der Beerdigung oder der Überführung zu dem Aufbewahrungsort verbundenen Tätigkeiten.

§ 2 - Wenn es der Verstorbene schriftlich festgelegt hat oder auf Antrag der Eltern bzw. des Vormunds, wenn es sich um einen Minderjährigen handelt, oder, falls kein schriftliches Dokument vorliegt, auf Antrag der Person, die mit der Bestattung betraut ist, kann die Asche der eingäscherten Leichname:

1. an einem anderen Ort als dem Friedhof verstreut oder beerdigt werden, jedoch nicht auf öffentlichem Eigentum;
2. den Angehörigen in einer Urne zur Verfügung gestellt werden, um an einem anderen Ort als dem Friedhof aufbewahrt zu werden.

Die vorherige schriftliche Erlaubnis des Eigentümers des Geländes ist erforderlich, wenn das Gelände, auf dem die Asche verstreut oder beerdigt wird, nicht Eigentum des Verstorbenen oder seiner Angehörigen ist.

Liegt die schriftliche Erlaubnis des Eigentümers des Geländes nicht vor oder wird der Aufbewahrung der Asche an einem anderen Ort als dem Friedhof ein Ende gesetzt, wird die Asche auf einen Friedhof befördert, um dort beerdigt, in ein Kolumbarium gestellt, oder verstreut zu werden.

Die Person, die die Asche in Empfang nimmt, ist für die Einhaltung dieser Bestimmungen verantwortlich.

§ 3 - Unbeschadet der Bestimmungen der §§ 1 und 2 kann auf Anfrage ein symbolischer Teil der Asche des Verstorbenen dem Ehepartner, dem gesetzlich Zusammenwohnenden sowie den Verwandten und Verschwägerten ersten Grades übergeben werden. Die Asche wird in einem geschlossenen Behälter in würdiger und respektvoller Art aufbewahrt.

§ 4 - Die Bestimmungen von § 2 und § 3 sind nicht anwendbar auf die Asche von Föten.

#### KAPITEL 4 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 30** - Die Regierung kann von den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets abweichen, um die Ausführung internationaler Abkommen zu gewährleisten oder um die Bevölkerung vor Gefahren der Ausbreitung von Infektionskrankheiten oder der Verseuchung durch ionisierende Strahlungen zu schützen.

**Art. 31** - Unbeschadet der Anwendung der in den Artikeln 315, 340, 453 und 526 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Strafen, werden Zuwiderhandlungen gegen das vorliegende Dekret mit den vom Gemeinderat festgelegten Polizei- und Verwaltungsstrafen geahndet.

**Art. 32** - In Artikel 8 Absatz 1 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

„7. die Friedhofsordnung.“

**Art. 33** - Das Gesetz vom 20. Juli 1971 über die Grabstätten und Bestattungen ist aufgehoben mit Ausnahme von:

- Artikel 2, Absätze 1-3;
- Artikel 15bis § 2 Absatz 2;
- Artikel 23bis;
- Artikel 24 Absatz 2 Nr. 2;
- Artikel 27.

**Art. 34** - Die Friedhofsordnungen der Gemeinden entsprechen zum 30. Juni 2012 den Vorschriften des vorliegenden Dekrets.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgisches Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 14. Februar 2011

K.-H. LAMBERTZ  
Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden  
O. PAASCH  
Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
Frau. I. WEYKMANS  
Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus  
H. MOLLERS  
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

—  
Fußnote

*Sitzungsperiode 2010-2011:*

*Nummerierte Dokumente:* 47 (2010-2011), Nr. 1. — Dekretentwurf: 47 (2010-2011), Nr. 2. — Abänderungsvorschläge: 47 (2010-2011), Nr. 3. — Bericht.

*Ausführlicher Bericht:* 14. Februar 2011, Nr. 21. — Diskussion und Abstimmung.

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2011 — 853

[2011/201348]

## 14 FEVRIER 2011. — Décret sur les funérailles et sépultures

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** Au sens du présent décret, l'on entend par :

- 1<sup>o</sup> personne intéressée : le titulaire de la concession, ses héritiers ou ayants droit mais aussi toute personne non apparentée, administration ou association concernée par un monument ayant une valeur historique ou artistique;
- 2<sup>o</sup> personne chargée des funérailles : personne désignée par le défunt par voie de testament ou, à défaut, ses héritiers ou ayants droit ou, à défaut, la personne qui durant la dernière période de la vie du défunt a entretenu avec celui-ci des liens étroits et fréquents de sorte qu'elle connaît probablement ses dernières volontés quant à son mode de sépulture.

**Art. 2.** Les cimetières et établissements crématoires sont soumis à l'autorité, à la police et à la surveillance des autorités communales, qui veillent à ce qu'aucun désordre ni acte contraire au respect dû à la mémoire des morts ne s'y commettent et à ce qu'aucune exhumation n'ait lieu sans autorisation du Bourgmestre.

Dans les cimetières ou établissements crématoires intercommunaux, les compétences mentionnées au premier alinéa sont exercées par les autorités de la commune où se situe le cimetière ou l'établissement crématoire.

**Art. 3.** Le placement en terre de la dépouille mortelle et la dispersion des cendres sont gratuites pour les personnes inscrites dans le registre de la population, le registre des étrangers ou le registre d'attente de la commune.

Une redevance peut être exigée pour des concessions.

CHAPITRE 2. — *Lieux de sépulture*Section 1<sup>re</sup> — Cimetières publics et établissements crématoires

**Art. 4.** § 1<sup>er</sup> - Toute commune dispose d'au moins un cimetière.

Seule une commune ou une intercommunale peut créer et exploiter un cimetière ou un établissement crématoire.

Dans les cimetières ou établissements de crémation intercommunaux, les compétences des autorités communales prévues aux articles 4, § 2, 5, 6, § 1<sup>er</sup>, 7, 9 à 14, 21, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 22 et 24 de ce décret sont exercées par les organes de l'intercommunale.

Tout établissement crématoire est construit dans l'enceinte d'un cimetière ou sur un terrain situé dans la même commune que le cimetière et communiquant avec celui-ci.

Le Gouvernement fixe les critères de création et d'exploitation des établissements crématoires. Il organise le contrôle du respect de ces critères.

§ 2 - Tout cimetière dispose de parcelles pour des tombes. Dans chaque commune il y a au moins une parcelle d'inhumation des urnes, une pelouse de dispersion et un columbarium.

Le conseil communal peut aménager une parcelle intégrée dans le cimetière et permettant l'inhumation dans le respect des rites et traditions de cultes reconnus

§ 3 - Les cimetières sont clôturés de manière à garantir la dignité de ces lieux de repos.

**Art. 5.** § 1<sup>er</sup> - Lorsque de nouveaux cimetières destinés aux inhumations ont été aménagés, le conseil communal fixe la date de cessation des inhumations dans les anciens cimetières.

Ceux-ci restent dans l'état où ils se trouvent sans qu'il puisse en être fait un usage quelconque pendant dix ans au moins.

Le conseil communal arrête la publicité que recevra la décision de fermeture.

§ 2 - À l'expiration du délai fixé au § 1<sup>er</sup>, ou dix ans au moins après la dernière inhumation, l'inscription au registre des inhumations faisant foi, la délibération du conseil communal ordonnant le changement d'affectation des terrains des anciens cimetières est soumise à l'approbation du Gouvernement. Toutefois, ni fouille, ni travaux de fondation ne sont autorisés sans l'accord de l'inspection d'hygiène compétente.

§ 3 - À défaut de décision fixant une date de cessation des inhumations, le Conseil communal peut également décider le changement d'affectation d'un ancien cimetière s'il s'est écoulé dix ans au moins depuis la dernière inhumation dans celui-ci, l'inscription au registre des inhumations faisant foi.

Dans ce cas, la délibération du Conseil communal ordonnant le changement d'affectation du cimetière ne produit ses effets que lorsqu'une copie de la décision aura été affichée pendant un an à l'entrée du cimetière.

Les dispositions du § 2 sont d'application.

**Art. 6.** § 1<sup>er</sup> - Toute commune dispose d'un règlement des cimetières adopté par le conseil communal et d'un registre des cimetières. Il peut s'agir d'un registre papier ou d'un registre électronique. Un registre papier est relié et les pages sont numérotées en continu.

Lorsqu'une commune gère plusieurs cimetières, elle peut tenir un registre par cimetière ou un registre commun à tous les cimetières.

§ 2 - Le registre contient au moins les informations suivantes :

- 1<sup>o</sup> le nom du cimetière;
- 2<sup>o</sup> les dates de création du cimetière et de ses extensions;
- 3<sup>o</sup> le cas échéant, la date de cessation des inhumations;
- 4<sup>o</sup> le cas échéant, la date de fermeture du cimetière et le délai de reprise des signes distinctifs de sépulture.

En outre, le registre mentionne :

- 1° pour chaque sépulture et cellule de columbarium :
  - a) le numéro de la parcelle, de la rangée, de la sépulture ou cellule;
  - b) s'il existe une concession;
  - c) l'identité des défunts et l'indication qu'un embaumement a été pratiqué;
  - d) la date de l'inhumation de chaque cercueil et urne;
  - e) la date de l'exhumation de chaque cercueil et urne et sa nouvelle destination;
  - f) la date du transfert des restes mortels et des cendres ou la date à laquelle les restes mortels ont été incinérés et les cendres dispersées;
  - g) la date du transfert de la sépulture vers un nouveau cimetière et l'indication de son nouvel emplacement;
- 2° pour chaque pelouse de dispersion : l'identité des défunts dont les cendres ont été dispersées ainsi que la date de dispersion;
- 3° pour chaque sépulture concédée :
  - a) la date de début de la concession, sa durée, son terme et ses éventuels renouvellements avec leur durée;
  - b) le nombre de places ouvertes pour l'inhumation de cercueils ou urnes;
  - c) la liste des bénéficiaires de la concession et ses modifications;
  - d) la date du rassemblement dans un même cercueil des restes des dépouilles et des cendres ainsi que la transcription de l'autorisation du bourgmestre relative à cette opération;
  - e) la date de l'acte annonçant le terme de la concession;
  - f) le délai de reprise des signes indicatifs de sépulture;
- 4° pour chaque sépulture non concédée ayant fait l'objet d'une décision d'enlèvement :
  - a) la date de la décision d'enlèvement de la sépulture;
  - b) la date de l'affichage de l'acte;
  - c) le délai de reprise des signes indicatifs de sépulture;
- 5° pour chaque sépulture ayant fait l'objet d'un constat d'abandon :
  - a) la date de l'acte constatant l'état d'abandon;
  - b) la date de l'affichage de l'acte;
  - c) le terme de l'affichage;
- 6° pour tout signe indicatif de sépulture classé comme monument : la date de l'arrêté de classement.

Les données d'identité du défunt prévues à l'alinéa 2, 1°, c), comprennent au moins, s'ils sont connus, les nom, prénom(s), lieu et date de naissance ainsi que, le cas échéant, le numéro de registre national.

#### *Section 2. — Concessions de sépultures*

**Art. 7.** § 1<sup>er</sup> - Le conseil communal peut accorder des concessions en pleine terre, en caveau ou en cellule de columbarium. Il peut déléguer ce pouvoir au collège communal.

Les concessions ne sont pas cessibles.

§ 2 - Le titulaire de la concession dresse, de son vivant ou par testament, la liste des bénéficiaires de la concession. Cette liste peut être modifiée en tout temps; elle est déposée auprès de l'administration communale et figure au registre des cimetières.

Après le décès du titulaire, les bénéficiaires décident de commun accord de l'affectation des places libres ou devenues libres. En cas de désaccord, ce sont les ayants droit du titulaire de la concession qui décident.

S'il n'y a pas de liste de bénéficiaires, une concession ne peut servir de sépulture que pour le titulaire, son conjoint, son cohabitant légal, ses parents ou alliés jusqu'au 4<sup>e</sup> degré.

§ 3 - Les ayants droit de défunts reposant dans des sépultures concédées peuvent, moyennant autorisation du bourgmestre qui interroge les bénéficiaires :

- 1° rassembler dans un même cercueil les restes mortels de plusieurs personnes décédées depuis plus de trente ans;
- 2° rassembler les cendres de plusieurs défunts inhumées depuis plus de dix ans.

L'autorisation accordée par le bourgmestre est inscrite dans le registre du cimetière.

§ 4 - Une même concession peut servir aux membres d'une ou de plusieurs communautés religieuses ou aux personnes qui en expriment chacune leur volonté auprès de l'autorité communale.

La demande de concession peut être introduite au bénéfice de tiers

Pour les personnes qui au moment du décès de l'une d'elles constituaient un ménage de fait, une concession peut être demandée par le survivant.

L'autorité communale compétente peut rejeter les demandes de concessions visées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 lorsqu'aucun lien ne peut être établi entre les bénéficiaires et la commune.

**Art. 8.** § 1<sup>er</sup> - Les concessions sont accordées pour une durée maximale de cinquante ans. Elles sont renouvelables.

§ 2 - Au moins un an avant le terme de la concession ou de son renouvellement, le bourgmestre ou son délégué dresse un acte rappelant qu'une demande de renouvellement doit lui être adressée avant la date fixée.

L'acte est envoyé au titulaire de la concession ou, s'il est décédé, à ses héritiers ou ayants droit.

Un avis est affiché pendant au moins un an à l'entrée du cimetière et, si le règlement du cimetière le prévoit, à hauteur de la sépulture.

§ 3 - Sur demande introduite par toute personne intéressée avant l'expiration de la période fixée, des renouvellements successifs peuvent être accordés.

Les renouvellements ne peuvent être refusés que si l'état d'abandon a été constaté conformément à l'article 12 au moment de la demande de renouvellement.

Le Gouvernement peut reconnaître comme personnes intéressées des associations dotées de la personnalité juridique, si elles ont été créées dans le but de présenter des garanties financières suffisantes pour l'entretien d'une concession, et fixer des règles pour ces garanties.

§ 4 - Sur demande introduite par toute personne intéressée avant l'expiration de la période fixée, une nouvelle période de même durée prend cours à partir de chaque nouvelle inhumation dans la concession. Au cas où aucun renouvellement n'est intervenu entre la date de la dernière inhumation dans la concession et l'expiration de la période pour laquelle celle-ci a été consentie, la sépulture est maintenue pendant un délai de cinq ans prenant cours à la date du décès si celui-ci est intervenu moins de cinq ans avant la date d'expiration de la concession.

**Art. 9.** Le conseil communal fixe le terme, le tarif et les conditions d'octroi de concessions.

Dans les cas visés à l'article 8, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, et § 4, la rétribution exigée par la commune est calculée au prorata du nombre d'années qui excède la date d'expiration de la concession précédente.

**Art. 10.** Les concessions à perpétuité accordées avant le 13 août 1971 arrivent à échéance le 31 décembre 2012 et reviennent à la commune, si aucun renouvellement n'a été demandé et accordé conformément à l'article 8.

Le cas échéant, ces concessions sont renouvelées gratuitement pour le terme le plus élevé appliqué dans la commune.

**Art. 11.** Lors de la fermeture d'un cimetière, une parcelle de même superficie que celle qui était concédée est réservée dans le nouveau cimetière sur demande introduite par toute personne intéressée avant la date à laquelle, conformément à la décision du conseil communal, plus aucune inhumation ne peut avoir lieu.

Le conseil communal arrête les conditions auxquelles est subordonné le transfert.

**Art. 12.** L'entretien des sépultures concédées incombe aux personnes intéressées.

L'état d'abandon est constaté par un acte du bourgmestre ou de son délégué; cela signifie un défaut d'entretien d'une sépulture qui, de façon permanente, est malpropre, envahie par la végétation, délabrée ou effondrée, tombe en ruine ou est dépourvue des signes indicatifs de sépulture prévus par le règlement des cimetières.

Un avis est affiché pendant au moins un an à l'entrée du cimetière et, si le règlement du cimetière le prévoit, à hauteur de la sépulture.

À défaut de remise en état à l'expiration de ce délai, la sépulture revient à la commune.

### Section 3. — Signes indicatifs de sépulture

**Art. 13.** Sauf volonté contraire du défunt ou opposition de ses proches, toute personne a le droit de faire placer sur la tombe de son parent ou de son ami un signe indicatif de sépulture.

Le conseil communal règle l'exercice de ce droit et, notamment, tout ce qui concerne la dimension des signes de sépulture et la nature des matériaux à utiliser.

**Art. 14.** Lorsqu'il est mis fin à une concession de sépulture ou lorsque la demande de transfert prévue à l'article 11 n'a pas été introduite, les signes indicatifs de sépulture non enlevés ainsi que les constructions souterraines qui subsisteraient deviennent propriété de la commune.

Lorsque des tombes ordinaires sont utilisées pour de nouvelles inhumations, un avis, affiché à l'entrée du cimetière et, si le règlement du cimetière le prévoit, à hauteur des sépultures, informe les personnes intéressées du délai pendant lequel elles peuvent enlever les signes indicatifs de sépulture; à l'expiration de ce délai, ou de la prorogation, la commune devient propriétaire des matériaux.

Le collège communal fixe le délai mentionné au deuxième alinéa ou le prolonge.

Le collège communal règle la destination des matériaux attribués à la commune.

**Art. 15.** Des sépultures de plus de 65 ans ne peuvent être enlevées que moyennant autorisation du Gouvernement, lequel sollicite l'avis de la Commission pour la protection des monuments et sites.

## CHAPITRE 3. — Funérailles et modes de sépulture

### Section 1<sup>re</sup>. — Modes de sépulture

**Art. 16.** § 1<sup>er</sup> - Les modes de sépulture sont soit l'inhumation soit la crémation avec dispersion ou conservation des cendres.

§ 2 - Toute personne peut, de son vivant, informer par écrit l'officier de l'état civil de sa commune de ses dernières volontés. Ce document peut porter sur le mode de sépulture, la destination des cendres, le rite pour les obsèques ainsi que l'existence d'un contrat obsèques.

Cet acte de dernière volonté est assimilé à la demande d'autorisation de crémation prévue à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, ou à l'acte prévu à l'article 25, § 2.

Si le décès est intervenu dans une commune autre que celle de la résidence principale du défunt, la commune de la résidence principale transmet sans délai à la commune du décès, à sa demande, les informations visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

À défaut d'acte de dernières volontés, la personne chargée des funérailles choisit le mode de sépulture, le cas échéant la destination des cendres, et le rite pour les obsèques.

§ 3 - Les foetus nés avant le 180<sup>e</sup> jour de grossesse sont soit inhumés soit incinérés, selon le souhait des parents ou de la personne chargée des funérailles.

**Art. 17.** Les funérailles des indigents doivent être décentes et, en ce qui concerne le mode de sépulture, être conformes aux souhaits du défunt.

Les frais de funérailles sont à charge de la commune où les indigents sont inscrits dans le registre de population, le registre des étrangers ou le registre d'attente, ou, s'ils ne sont inscrits nulle part, sur le territoire de laquelle ils sont décédés.

*Section 2. — Mise en bière et transport des dépouilles mortelles*

**Art. 18.** Les dépouilles mortelles sont placées dans un cercueil.

L'emploi de cercueils, de gaines, de linceuls, de produits et de procédés empêchant soit la décomposition naturelle et normale des corps, soit la crémation, est interdit.

Un embaumement préalable à la mise en bière peut être autorisé dans les cas déterminés par le Gouvernement.

Le Gouvernement définit les objets et procédés visés au deuxième alinéa, ainsi que les conditions auxquelles les cercueils doivent répondre.

Le bourgmestre ou son délégué peut assister à la mise en bière.

**Art. 19.** Le transport des cercueils est effectué, de manière décente, au moyen d'un corbillard ou d'un véhicule spécialement équipé à cette fin. Le transport a lieu lorsque le médecin qui a constaté le décès atteste qu'il s'agit d'une cause de décès naturelle et qu'il n'y a aucun danger pour la santé publique.

Le transport des urnes est effectué, de manière décente, dans le respect dû à la mémoire des morts.

Dans tous les cas, la surveillance des convois funèbres appartient à l'autorité communale, qui veille à ce qu'ils se déroulent dans l'ordre, la décence et le respect dû à la mémoire des morts.

*Section 3. — Inhumation*

**Art. 20.** L'officier de l'état civil de la commune où est constaté le décès délivre gratuitement l'autorisation d'inhumer la dépouille mortelle.

Si le décès ne survient pas en région de langue allemande, l'autorisation d'inhumation délivrée par l'autorité compétente est assimilée à l'autorisation visée au premier alinéa.

**Art. 21.** § 1<sup>er</sup> - Les inhumations ont lieu dans les cimetières communaux ou intercommunaux.

Sur la proposition du bourgmestre de la commune où doit avoir lieu l'inhumation, le Gouvernement peut accorder une dérogation à la disposition du premier alinéa.

Le Gouvernement accorde la dérogation pour des raisons religieuses ou philosophiques, sauf si des raisons de salubrité s'y opposent.

§ 2 - Toutefois, les inhumations peuvent continuer dans les cimetières privés existant au moment de l'entrée en vigueur du présent décret pour autant que des inhumations y aient eu lieu depuis le 13 août 1971.

Les articles 2, 22, alinéa 1<sup>er</sup>, et 23 sont applicables aux cimetières privés.

**Art. 22.** Les cercueils sont inhumés horizontalement à 120 cm au moins de profondeur et les urnes à 80 cm au moins.

**Art. 23.** Les cercueils et les urnes déposés dans les caveaux reposent à 80 cm au moins de profondeur.

L'aménagement de sépultures au-dessus du sol est interdit.

Toutefois, les inhumations dans des constructions au-dessus du sol existant au moment de l'entrée en vigueur du présent décret peuvent continuer comme par le passé.

**Art. 24.** Une tombe ordinaire est conservée au moins cinq ans si elle est destinée à recevoir une urne et au moins dix ans si elle est destinée à recevoir un cercueil.

Une tombe ordinaire ne peut être enlevée que lorsqu'un avis y relatif a été affiché pendant un an à l'entrée du cimetière ou sur la sépulture si le règlement des cimetières le prévoit.

Le conseil communal décide de la destination à donner aux restes mortels découverts dans l'enceinte du cimetière. Ceux-ci sont traités dignement et ne peuvent, sans préjudice de l'article 5, quitter le cimetière qu'aux fins de crémation. La commune indique dans le registre des cimetières ce qu'il est advenu des restes mortels découverts dans l'enceinte du cimetière.

*Section 4. — Crémation*

**Art. 25.** § 1<sup>er</sup> - La crémation ne peut intervenir que moyennant une autorisation délivrée par l'officier de l'état civil de la commune où le décès a été constaté, si la personne est décédée dans une commune de la région de langue allemande, ou par le procureur du Roi de l'arrondissement dans lequel est situé soit l'établissement crématoire soit le domicile du défunt, si la personne est décédée à l'étranger.

Si le décès survient en Belgique mais en dehors de la région de langue allemande, l'autorisation de crémation délivrée par l'autorité compétente est assimilée à l'autorisation visée au premier alinéa.

Sans préjudice de l'article 26, § 2, l'autorisation n'est pas délivrée avant l'expiration d'un délai de vingt-quatre heures prenant cours à la réception de la demande de crémation.

§ 2 - Pour la crémation après exhumation, l'autorisation d'exhumation visée à l'article 2 est requise.

Après l'octroi de l'autorisation d'exhumation, l'officier de l'état civil transmet la demande d'autorisation de crémation, dûment motivée, au procureur du Roi de l'arrondissement du lieu où l'établissement crématoire ou le domicile du demandeur est situé, du lieu du décès ou du lieu où les restes mortels ont été inhumés, pour qu'il statue.

À cette demande d'autorisation, est joint, s'il échet, un certificat d'enregistrement dans les registres de la population des dernières volontés du défunt en matière de mode de sépulture.

Le procureur du Roi auquel la demande a été adressée peut demander à l'officier de l'état civil du lieu où le décès a été constaté de lui transmettre un dossier comprenant le certificat visé à l'article 77 ou à l'article 81 du Code civil. Si ce certificat fait défaut, l'officier de l'état civil en indique le motif.

**Art. 26.** § 1<sup>er</sup> - Toute demande d'autorisation est signée par la personne chargée des funérailles ou par son délégué.

Un acte satisfaisant aux conditions de capacité et de forme des actes testamentaires, par lequel le défunt exprime la volonté formelle de faire incinérer ses restes mortels peut tenir lieu de demande de crémation.

§ 2 - L'officier de l'état civil ou le procureur du Roi refuse l'autorisation si, par un acte mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le défunt a marqué sa préférence pour un autre mode de sépulture, ou s'il reçoit notification de la requête prévue au § 3 du présent article.

§ 3 - Toute personne intéressée à l'octroi ou au refus de l'autorisation de crémation peut présenter à cet effet une requête au président du tribunal de première instance du lieu où la demande d'autorisation a été introduite.

La requête est notifiée aux autres parties intéressées à l'octroi ou au refus de l'autorisation ainsi qu'à l'officier de l'état civil ou au procureur du Roi à qui la demande d'autorisation a été présentée.

Le président mentionné au premier alinéa statue sur la requête comme en matière de référés, le ministère public entendu.

**Art. 27.** § 1<sup>er</sup> - À la demande d'autorisation de crémation est joint un certificat dans lequel le médecin traitant ou le médecin qui a constaté le décès indique s'il y a eu mort naturelle, violente ou suspecte ou une cause de décès impossible à déceler.

Lorsqu'il s'agit du corps d'une personne décédée dans une commune de la région de langue allemande et que le médecin visé à l'alinéa 1<sup>er</sup> a confirmé qu'il s'agit d'une mort naturelle, est joint, en outre, le rapport d'un médecin assermenté commis par l'officier de l'état civil pour vérifier les causes du décès. Ce rapport indique s'il y a eu mort naturelle ou violente ou suspecte ou si la cause du décès est impossible à déceler.

Les honoraires et tous les frais du médecin commis par l'officier de l'état civil sont à charge de la commune dans laquelle le défunt est inscrit dans le registre de la population, le registre des étrangers ou le registre d'attente ou, s'il n'est inscrit nulle part, dans laquelle le décès est survenu.

§ 2 - L'officier de l'état civil transmet le dossier au procureur du Roi de l'arrondissement

1° lorsqu'il existe des circonstances permettant de soupçonner qu'il y a eu mort violente ou suspecte ou une cause de décès impossible à déceler;

2° lorsque, dans l'un des documents exigés par le § 1<sup>er</sup>, le médecin n'a pu affirmer qu'il n'y avait pas de signes ou indices de mort violente ou suspecte ou d'une cause de décès impossible à déceler.

Dans ce cas, la crémation n'est autorisée qu'après que le procureur du Roi a fait connaître à l'officier de l'état civil qu'il ne s'y oppose pas.

**Art. 28.** Le procureur du Roi procède comme il est dit à l'article 81 du Code civil.

La famille ou la personne chargée des funérailles peut faire assister à l'autopsie un médecin de son choix.

**Art. 29.** § 1<sup>er</sup> - Les cendres des corps incinérés sont recueillies dans des urnes qui sont, dans l'enceinte du cimetière :

1° inhumées dans une tombe ordinaire ou une sépulture concédée;

2° placées dans un columbarium.

Les cendres peuvent être dispersées sur une parcelle du cimetière réservée à cet effet.

Les cendres du défunt sont traitées avec respect et dignité et ne peuvent faire l'objet d'aucune activité commerciale, à l'exception des activités afférentes à la dispersion ou à l'inhumation des cendres, ou à leur translation à l'endroit où elles seront conservées.

§ 2 - Si le défunt l'a spécifié par écrit ou, s'il s'agit d'un mineur d'âge, à la demande des parents ou, le cas échéant, du tuteur ou, à défaut d'écrit du défunt, à la demande de la personne chargée des funérailles, les cendres des corps incinérés peuvent :

1° être inhumées ou dispersées à un endroit autre que le cimetière. Cette dispersion ne peut toutefois se faire sur le domaine public;

2° être mises dans une urne à la disposition des proches pour être conservées à un endroit autre que le cimetière.

L'accord écrit préalable du propriétaire du terrain est requis lorsque le terrain où les cendres sont inhumées ou dispersées n'est pas propriété du défunt ou de ses proches.

En l'absence d'accord écrit préalable du propriétaire du terrain ou s'il est mis fin à la conservation des cendres à un endroit autre que le cimetière, les cendres sont transférées dans un cimetière pour y être inhumées, placées dans un columbarium ou dispersées.

La personne qui prend réception des cendres est responsable du respect de ces dispositions.

§ 3 - Sans préjudice des dispositions des §§ 1<sup>er</sup> et 2, une partie symbolique des cendres du défunt peut être confiée, à leur demande, au conjoint, au cohabitant légal et aux parents ou alliés au premier degré. Ces cendres sont déposées dans un récipient fermé et conservées de manière digne et décente.

§ 4 - Les dispositions des §§ 2 et 3 ne sont pas applicables aux cendres des foetus.

#### CHAPITRE 4. — Dispositions finales

**Art. 30.** Le Gouvernement peut déroger aux dispositions du présent décret, soit pour assurer l'exécution de conventions internationales, soit en vue d'assurer la protection des populations contre les dangers de propagation des maladies infectieuses ou de contamination par radiations ionisantes.

**Art. 31.** Sans préjudice des sanctions prévues aux articles 315, 340, 453 et 526 du Code pénal, les infractions aux dispositions du présent décret sont punies des peines de police ou amendes administratives arrêtées par le conseil communal.

**Art. 32.** L'article 8, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande, modifié par le décret du 15 mars 2010, est complété par un 7<sup>o</sup>, rédigé comme suit :

"7<sup>o</sup> le règlement des cimetières."

**Art. 33.** La loi du 20 juillet 1971 sur les funérailles et sépultures est abrogée, à l'exception :

— de l'article 2, alinéas 1<sup>er</sup> à 3;

— de l'article 15bis, § 2, alinéa 2;

— de l'article 23bis;

— de l'article 24, alinéa 2, 2<sup>o</sup>;

— de l'article 27.

**Art. 34.** Les règlements des cimetières répondent aux prescriptions du présent décret au 30 juin 2012.  
Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.  
Eupen, le 14 février 2011.

K.-H. LAMBERTZ  
Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux  
O. PAASCH  
Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi  
Mme I. WEYKMANS  
Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme  
H. MOLLERS  
Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

—  
Note

*Session 2010-2011 :*

*Documents parlementaires :* 47 (2010-2011), n° 1. — *Projet de décret :* 47 (2010-2011), n° 2. — *Propositions d'amendement :* 47 (2010-2011), n° 3. — *Rapport.*

*Compte rendu intégral :* 14 février 2011, n° 21 Discussion et vote

—  
VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2011 — 853

[2011/201348]

#### 14 FEBRUARI 2011. — Decreet op de begraafplaatsen en de lijkbezorging

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

##### HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

- 1° belanghebbende : de concessiehouder, zijn erfgenamen of rechthebbenden maar ook elke niet-verwante persoon, overheidsinstantie of vereniging betrokken bij een monument dat een historische of artistieke waarde heeft;
- 2° persoon die belast is met de lijkbezorging : de persoon die per testament door de overledene aangewezen is, of, bij ontstentenis, zijn erfgenamen of rechthebbenden of, bij ontstentenis, de persoon die gedurende de laatste levensfase van de overledene zo nauwe en frequente affectieve banden met hem onderhield dat hij vermoedelijk zijn laatste wil inzake lijkbezorging kent;

**Art. 2.** De begraafplaatsen en crematoria vallen onder het gezag, de politie en het toezicht van de gemeenteoverheden, die ervoor zorgen dat er geen wanorde heerst, dat er geen handelingen in strijd met de eerbied voor de doden worden verricht en dat er geen opgraving plaatsheeft zonder toestemming van de burgemeester.

Op intergemeentelijke begraafplaatsen en in intergemeentelijke crematoria worden de in het eerste lid vermelde bevoegdheden uitgeoefend door de overheid van de gemeente waar de begraafplaats of het crematorium gelegen is.

**Art. 3.** De begraving van het stoffelijk overschot en de uitstrooiing van de as zijn kosteloos voor de personen die in het bevolkings-, vreemdelingen- of wachtregister van de gemeente zijn ingeschreven.

Voor concessies kan een retributie worden geheven.

##### HOOFDSTUK 2. — *Begraafplaatsen*

###### *Afdeling 1. — Openbare begraafplaatsen en crematoria*

**Art. 4.** § 1 - Elke gemeente beschikt over ten minste één begraafplaats.

Enkel een gemeente of een intercommunale vereniging kan een begraafplaats of een crematorium oprichten en beheren.

Voor intergemeentelijke begraafplaatsen of intergemeentelijke crematoria worden de bevoegdheden van de gemeentelijke overheden voorgeschreven in de artikelen 4, § 2, tweede lid, 5, 6, § 1, 7, 9 tot 14, 21, § 1, eerste lid, 22 en 24, van dit decreet uitgeoefend door de organen van de intercommunale verenigingen.

Ieder crematorium wordt opgericht binnen de omheining van een begraafplaats of op een daarmee in verbinding staand stuk grond, gelegen in dezelfde gemeente als de begraafplaats.

De Regering bepaalt de criteria voor de oprichting en het beheer van crematoria. Zij organiseert de controle op de naleving van deze criteria.

§ 2 - Elke begraafplaats beschikt over percelen voor graven. In elke gemeente is er ten minste een urnenveld, een strooiweide en een columbarium.

De gemeenteraad kan een op de begraafplaats gelegen perceel aanleggen dat de lijkbezorging overeenkomstig de ceremoniële en tradities van erkende erediensten mogelijk maakt.

§ 3 - De begraafplaatsen worden zo omheind dat ze het karakter van een waardige rustplaats waarborgen.

**Art. 5.** § 1 - Wanneer nieuwe begraafplaatsen voor begraving aangelegd worden, bepaalt de gemeenteraad de datum waarop niet meer begraven wordt op de oude begraafplaatsen.

Deze worden in de staat gelaten waarin zij zich bevinden; gedurende ten minste tien jaar mag er generlei gebruik van worden gemaakt.

De gemeenteraad bepaalt hoe de beslissing tot sluiting zal worden bekendgemaakt.

§ 2 - Na afloop van de in § 1 bepaalde tijd of ten minste tien jaar na de laatste begraafing, waarbij de inschrijving in het begravingsregister als bewijs geldt, wordt het besluit waarbij de gemeenteraad een andere bestemming geeft aan de gronden van de oude begraafplaatsen, ter goedkeuring voorgelegd aan de Regering. Opgravingen en funderingswerken mogen echter uitsluitend worden uitgevoerd met toestemming van de bevoegde gezondheidsinspectie.

§ 3 - Wanneer er geen beslissing is die bepaalt vanaf welke datum niet meer mag worden begraven, kan de gemeenteraad eveneens beslissen een andere bestemming te geven aan een oude begraafplaats als er ten minste tien jaar is verstreken na de laatste begraafing op deze begraafplaats, waarbij de inschrijving in het begravingsregister als bewijs geldt.

In dat geval treedt het besluit van de gemeenteraad om de begraafplaats een andere bestemming te geven eerst in werking nadat een afschrift van het besluit een jaar lang bij de ingang van de begraafplaats heeft uitgehangen.

De bepalingen van § 2 zijn van toepassing.

**Art. 6.** § 1 - Elke gemeente beschikt over een reglement op de begraafplaatsen die door de gemeenteraad is aangenomen en over een register van de begraafplaatsen. Het register kan elektronisch of op papier worden aangelegd. Het register op papier wordt gebonden en de bladzijden zijn doorlopend genummerd.

Als een gemeente meerdere begraafplaatsen beheert, kan ze een register per begraafplaats bijhouden of het geheel van de begraafplaatsen in één register beheren.

§ 2 - Het register bevat ten minste de volgende inlichtingen :

- 1° de naam van de begraafplaats;
- 2° de datum van de oprichting en van de uitbreiding van de begraafplaats;
- 3° in voorkomend geval de datum vanaf welke geen begravingen meer hebben plaatsgevonden;
- 4° in voorkomend geval de datum waarop de begraafplaats gesloten is en de termijn om de graftekens terug te nemen;

Bovendien bevat het register :

- 1° voor elk graf of elke columbariumnis :
  - a) het nummer van het perceel, van de rij, van het graf of van de columbariumnis;
  - b) de vermelding of het al dan niet om een concessie gaat;
  - c) de identiteit van de overledenen en de vermelding of al dan niet een balseming werd uitgevoerd;
  - d) de datum waarop elke lijkstap resp. urne bijgezet is;
  - e) de datum waarop elke lijkstap resp. urne opgegraven is en de nieuwe bestemming ervan;
  - f) de datum waarop het stoffelijk overschot en de as overgebracht zijn of de datum waarop de crematie van het stoffelijk overschot en de asuitstrooiing hebben plaatsgevonden;
  - g) de datum waarop de graven naar een nieuwe begraafplaats overgebracht zijn en de nieuwe plaats ervan;
- 2° voor elke strooiweide : de identiteit van de overledenen wier as uitgestrooid is en de datum van de asuitstrooiing;
- 3° voor elke verleende concessie :
  - a) de begin- en einddatum van de concessie, de concessietermijn en de eventuele verlengingen ervan, met de duur ervan;
  - b) het aantal open plaatsen voor de begraafing van lijkstapen of urnen;
  - c) de lijst met de begunstigden van de concessie en de wijzigingen ervan;
  - d) de datum waarop het stoffelijk overschot en de as in dezelfde lijkstap zijn bijeengebracht en het afschrift van de toestemming die de burgemeester daartoe heeft gegeven;
  - e) de datum van de akte die het verstrijken van de concessie aankondigt;
  - f) de termijn om de graftekens terug te nemen;
- 4° voor elk niet-geconcedeerd graf dat het voorwerp uitmaakt van een besluit tot ruiming :
  - a) de datum van het besluit tot ruiming van het graf;
  - b) de datum waarop het besluit aangeplakt werd;
  - c) de termijn om de graftekens terug te nemen;
- 5° voor elk graf waarvan de verwaarlozing werd vastgesteld :
  - a) de datum van het besluit waarbij de verwaarlozing wordt vastgesteld;
  - b) de datum waarop het besluit aangeplakt werd;
  - c) het einde van de bekendmaking;
- 6° voor elk gerangschikt grafmonument : de datum van het besluit tot rangschikking als monument.

De gegevens over de identiteit van de overledenen bepaald in het tweede lid, 1°, c), omvatten minstens - en voor zover bekend - hun naam, voornamen, geboorteplaats en -datum, alsook, in voorkomend geval, hun rijksregisternummer.

#### *Afdeling 2. — Grafconcessies*

**Art. 7.** § 1 - De gemeenteraad kan concessies voor graven in volle grond, voor grafkelders of voor nissen in een columbarium verlenen. Hij kan deze bevoegdheid aan het gemeentecollege opdragen.

De concessies zijn onoverdraagbaar.

§ 2 - De concessiehouder maakt tijdens zijn leven of bij testament een lijst met de begunstigden van de concessie op. Deze lijst kan te allen tijde worden gewijzigd; zij wordt bij het gemeentebestuur ingediend en in het register van de begraafplaatsen opgenomen.

Na het overlijden van de concessiehouder beslissen de begunstigden in onderlinge overeenstemming over de bestemming van de vrije of vrij geworden plaatsen in de concessie. Bij gebrek aan overeenstemming beslissen de rechthebbenden van de concessiehouder.

Bestaat er geen lijst met begunstigden, dan kan de concessie alleen dienen voor de concessiehouder, zijn echtgenoot, zijn wettelijk samenwonende, zijn bloed- of aanverwanten tot en met de 4e graad.

§ 3 - Met toestemming van de burgemeester, die de begunstigden hieromtrent raadpleegt, kunnen de rechthebbenden van de overledenen die in het geconcedeerd graf rusten :

- 1° het stoffelijk overschot van verscheidene, sinds meer dan dertig jaar overleden personen in eenzelfde lijkstap bijeenbrengen;
- 2° de sinds meer dan 10 jaar begraven as van meerdere overledenen bijeenbrengen.

De toestemming van de burgemeester wordt in het register van de begraafplaatsen ingeschreven.

§ 4 - Een concessie kan voor de leden van één of meerdere religieuze gemeenschappen dienen, alsook voor de personen die daartoe ieder hun wil te kennen geven bij de gemeentelijke overheid.

Een concessieaanvraag mag worden ingediend ten behoeve van een derde.

Voor de personen die op het ogenblik van het overlijden een feitelijk gezin vormden, kan de overlevende een concessie aanvragen.

De bevoegde gemeentelijke overheid kan de in het eerste en het tweede lid bedoelde concessieaanvragen afwijzen als er geen verband kan worden aangetoond tussen de begunstigden en de gemeente.

**Art. 8.** § 1 - De concessies worden voor ten hoogste vijftig jaar verleend. Zij zijn verlengbaar.

§ 2 - Ten minste één jaar vóór het verstrijken van de concessie of van de verlenging ervan stelt de burgemeester of zijn gemachtigde een akte op waarbij eraan herinnerd wordt dat vóór een bepaalde datum een aanvraag om verlenging moet worden ingediend.

Deze akte wordt aan de concessiehouder toegezonden of, als hij overleden is, aan zijn erfgenamen of rechthebbenden.

Een desbetreffende bekendmaking wordt een jaar lang aan de ingang van de begraafplaats en, indien het reglement op de begraafplaatsen erin voorziet, bij het graf uitgehangen.

§ 3 - Op aanvraag van enige belanghebbende die erom verzoekt voor de vastgestelde termijn verstreken is, kunnen opeenvolgende verlengingen worden toegestaan.

Een verlenging wordt alleen geweigerd indien op het moment van de aanvraag om verlenging een verwaarlozing in de zin van artikel 12 werd vastgesteld.

De Regering kan verenigingen met rechtspersoonlijkheid, voor zover ze zijn opgericht met het doel voldoende financiële waarborgen voor het onderhoud van een concessie voor te leggen, als belanghebbenden erkennen en regels met betrekking tot die waarborgen vastleggen.

§ 4 - Indien een belanghebbende erom verzoekt vóór het verstrijken van de vastgestelde termijn, neemt een nieuwe termijn van dezelfde duur een aanvang vanaf elke nieuwe bijzetting in de concessie. Indien er geen verlenging wordt aangevraagd tussen de datum van de laatste bijzetting in de concessie en het verstrijken van de periode waarvoor deze werd verleend, blijft het graf bestaan gedurende een termijn van vijf jaar die ingaat op de datum van het overlijden, voor zover dit overlijden zich minder dan vijf jaar vóór het verstrijken van de concessie heeft voorgedaan.

**Art. 9.** De gemeenteraad bepaalt de duur, het tarief en de voorwaarden voor het verlenen van concessies.

In de gevallen bedoeld in artikel 8, § 3, eerste lid, en § 4, wordt de door de gemeente geëiste retributie proportioneel berekend op het aantal jaren dat de vervaldatum van de vorige concessie overschrijdt.

**Art. 10.** De altijdurende concessies verleend vóór 13 augustus 1971 vervallen op 31 december 2012 en worden eigendom van de gemeente wanneer geen verlenging aangevraagd en toegekend is overeenkomstig artikel 8.

Die concessies worden in voorkomend geval kosteloos verlengd voor de in de gemeente geldende maximumlooptijd.

**Art. 11.** Bij de sluiting van een begraafplaats wordt een perceel van dezelfde grootte als het geconcedeerde op de nieuwe begraafplaats toegekend, als enige belanghebbende daartoe een aanvraag indient vóór de datum vanaf welke overeenkomstig een besluit van de gemeenteraad geen begravingen meer mogen plaatsvinden.

De gemeenteraad bepaalt de voorwaarden inzake overbrenging.

**Art. 12.** De belanghebbenden zorgen voor het onderhoud van de geconcedeerde graven.

De burgemeester of zijn gemachtigde stelt in een akte de verwaarlozing vast, d.w.z. het verzuim van het onderhoud van een graf dat doorlopend onzindelijk, door plantengroei overwoekerd, vervallen, ingestort of bouwvallig is, of dat niet voorzien is van een door het reglement op de begraafplaatsen bepaald grafteken.

Een desbetreffende bekendmaking wordt minstens een jaar lang aan de ingang van de begraafplaats en, indien het reglement op de begraafplaatsen erin voorziet, bij het graf uitgehangen.

Na het verstrijken van die termijn en bij niet-herstelling wordt het graf eigendom van de gemeente.

### *Afdeling 3. — Graftekens*

**Art. 13.** Tenzij de overledene anders heeft beschikt of zijn verwanten zich ertegen verzetten, heeft eenieder het recht op het graf van zijn verwanten of vrienden een grafteken te laten plaatsen.

De gemeenteraad regelt de uitoefening van dat recht en inzonderheid alles wat betrekking heeft op de afmetingen van de graftekens en de aard van de te gebruiken materialen.

**Art. 14.** Wanneer aan een grafconcessie een einde wordt gemaakt of geen aanvraag om overbrenging zoals bedoeld in artikel 11 is ingediend, worden de niet weggenomen graftekens en de eventueel nog bestaande ondergrondse bouwwerken eigendom van de gemeente.

Worden gewone graven voor nieuwe begravingen gebruikt, wordt door middel van een aan de ingang van de begraafplaats, en indien het reglement op de begraafplaatsen daarin voorziet, bij het graf aangeplakt bericht aan de belanghebbenden kennis gegeven van de termijn waarbinnen zij de graftekens mogen wegnemen; na het verstrijken van die termijn of de verlenging worden de materialen eigendom van de gemeente.

Het gemeentecollege bepaalt of verlengt de termijn bedoeld in het tweede lid.

Het gemeentecollege regelt de bestemming van het aan de gemeente toevallende materiaal.

**Art. 15.** Graftekens die ouder zijn dan 65 jaar mogen alleen worden weggenomen met toestemming van de Regering, die het advies van de Commissie voor de bescherming van monumenten en landschappen inwint.

### HOOFDSTUK III. — *Lijkbezorging*

#### *Afdeling 1. — Vormen van lijkbezorging*

**Art. 16.** § 1 - Er zijn twee vormen van lijkbezorging : ofwel begraving, ofwel crematie gevolgd door uitstrooiing of bewaring van de as.

§ 2 - Elkeen kan tijdens zijn leven zijn laatste wilsbeschikking schriftelijk ter kennis brengen van de ambtenaar van de burgerlijke stand van zijn gemeente. Dit document kan betrekking hebben op de wijze van lijkbezorging, de bestemming van de as, de aard van de uitvaartplechtigheid en de vraag of een uitvaartverzekering is afgesloten.

Deze laatste wilsbeschikking wordt gelijkgesteld met de aanvraag om toestemming tot crematie bedoeld in artikel 25, § 1, eerste lid, of met de akte bedoeld in artikel 25, § 2.

Indien het overlijden in een andere gemeente dan die van de hoofdverblijfplaats heeft plaatsgehad, zal de gemeente van de hoofdverblijfplaats van de overledene zonder verwijl de gemeente van overlijden, op haar aanvraag, de informatie betreffende de in het eerste lid bedoelde laatste wilsbeschikking verzenden.

Is er geen laatste wilsbeschikking, dan bepaalt de persoon die belast is met de lijkbezorging de vorm van lijkbezorging en in voorkomend geval de bestemming van de as en de aard van de uitvaartplechtigheid.

§ 3 - Foetussen die vóór de 180e dag van de zwangerschap geboren zijn, worden begraven of gecremeerd, naargelang van de wens van de ouders of van de persoon die belast is met de lijkbezorging.

**Art. 17.** De lijkbezorging van behoeftigen geschiedt op welvoeglijke wijze, rekening houdend met de wensen van de overledene wat de vorm van lijkbezorging betreft.

De daaruit voortvloeiende kosten zijn ten laste van de gemeente waar de behoeftigen in het bevolkings-, vreemdelingen- of wachtregister zijn ingeschreven of, indien ze nergens zijn ingeschreven, waar ze overleden zijn.

#### *Afdeling 2. — Kisting en vervoer van de stoffelijke overschotten*

**Art. 18.** Het stoffelijk overschot wordt in een lijkstaple geplaatst.

Het gebruik van lijkstapelen, foedralen, doodswaden, producten en procédés die de natuurlijke en normale ontbinding van het lijk of de crematie beletten, is verboden.

Een balseming, voorafgaandelijk aan de kisting, kan in de door de Regering bepaalde gevallen toegestaan worden.

De Regering omschrijft de in het tweede lid bedoelde voorwerpen en procédés, alsook de voorwaarden waaraan een lijkstaple moet voldoen.

De burgemeester of zijn gemachtigde mag de kisting bijwonen.

**Art. 19.** De lijkstapelen worden welvoeglijk met een lijkwagen of een daartoe speciaal uitgeruste wagen vervoerd. Het vervoer vindt plaats nadat de geneesheer die het overlijden heeft vastgesteld, een attest heeft opgesteld waarin hij verklaart dat het om een natuurlijke doodsoorzaak gaat en dat er geen gevaar is voor de volksgezondheid.

Het vervoer van urnen geschiedt welvoeglijk en met eerbied voor de overledenen.

Het toezicht op lijkstoeten berust in ieder geval bij de gemeenteoverheid, die ervoor zorgt dat zij ordelijk, welvoeglijk en met de aan doden verschuldigde eerbied verlopen.

#### *Afdeling 3. — Begraving*

**Art. 20.** De ambtenaar van de burgerlijke stand van de gemeente waar het overlijden werd vastgesteld, reikt een kosteloze toestemming tot begraving van het stoffelijk overschot uit.

Vindt het overlijden niet in het Duitse taalgebied plaats, dan wordt de door de bevoegde overheid verleende toestemming tot begraving gelijkgesteld met de toestemming bedoeld in het eerste lid.

**Art. 21.** § 1 - Begravingen geschieden op gemeentelijke begraafplaatsen of op intergemeentelijke begraafplaatsen.

Op voorstel van de burgemeester van de gemeente waar de begraving moet plaatshebben, kan de Regering een afwijking van het bepaalde in het eerste lid toestaan.

De Regering staat de afwijking toe om religieuze of filosofische redenen, behalve als redenen van volksgezondheid dit niet toelaten.

§ 2 - Op particuliere begraafplaatsen die vóór de inwerkingtreding van dit decreet bestonden en waar na 13 augustus 1971 nog begravingen hebben plaatsgevonden, mag echter verder worden begraven.

Voor particuliere begraafplaatsen gelden de artikelen 2, 22, eerste lid, en 23.

**Art. 22.** Lijkstapelen worden horizontaal in de aarde begraven op een diepte van ten minste 120 cm en urnen op een diepte van ten minste 80 cm.

**Art. 23.** In grafkelders worden de lijkstapelen en de urnen op een diepte van ten minste 80 cm bijgezet.

Het aanleggen van graven boven de grond is verboden.

Bijzettingen in bovengrondse graven die bij de inwerkingtreding van dit decreet bestonden, mogen echter verder plaatsvinden.

**Art. 24.** In een gewoon graf blijft een urnengraf ten minste vijf jaar en een graf voor een lijkstijl ten minste tien jaar.

Een gewoon graf mag eerst geruimd worden nadat een desbetreffende bekendmaking een jaar lang aan de ingang van de begraafplaats en, indien het reglement op de begraafplaatsen erin voorziet, bij het graf heeft uitgehangen.

De gemeenteraad beslist welke bestemming wordt gegeven aan de stoffelijke overschotten die binnen de omheining van de begraafplaats aangetroffen worden. Deze worden met respect behandeld en mogen, behalve voor crematie en onverminderd artikel 5, niet van de begraafplaats verwijderd worden. In het register van de begraafplaatsen vermeldt de gemeente wat met de op de begraafplaats aangetroffen stoffelijke overschotten geschied is.

#### *Afdeling 4. — Crematie*

**Art. 25.** § 1 - Voor een crematie is een toestemming vereist, ofwel van de ambtenaar van de burgerlijke stand van de gemeente waar het overlijden is vastgesteld, indien de persoon in een gemeente van het Duitse taalgebied is overleden, ofwel van de procureur des Konings van het arrondissement waar zich ofwel het crematorium ofwel de woonplaats van de overledene bevindt, indien de persoon in het buitenland overleden is.

Vindt het overlijden in België, maar buiten het Duitse taalgebied plaats, dan wordt de door de bevoegde overheid verleende toestemming tot crematie gelijkgesteld met de toestemming bedoeld in het eerste lid.

Onverminderd artikel 26, § 2, mag de toestemming niet verleend worden voor het verstrijken van een termijn van vierentwintig uur die ingaat vanaf de ontvangst van de aanvraag tot crematie.

§ 2 - Voor een crematie na opgraving is de in artikel 2 bedoelde toestemming tot opgraving vereist.

Na het verlenen van de toestemming tot opgraving wordt de behoorlijk gemotiveerde aanvraag om toestemming tot crematie door de ambtenaar van de burgerlijke stand doorgestuurd aan de procureur des Konings van het arrondissement van de plaats waar het crematorium of de woonplaats van de aanvrager gelegen is, van de plaats van overlijden of van de plaats waar het stoffelijk overschot begraven is, opdat hij beslissen kan.

Bij de aanvraag om toestemming tot crematie wordt in voorkomend geval een attest uit het bevolkingsregister gevoegd met de laatste wilsbeschikking van de overledene inzake de wijze van lijkbezorging.

De procureur des Konings aan wie de aanvraag gericht is, kan aan de ambtenaar van de burgerlijke stand van de plaats waar het overlijden vastgesteld werd, vragen hem een dossier dat het in artikel 77 of in artikel 81 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde attest bevat, over te zenden. Indien dit attest ontbreekt, geeft de ambtenaar van de burgerlijke stand de reden daarvan op.

**Art. 26.** § 1 - Elke aanvraag tot crematie wordt ondertekend door de persoon die belast is met de lijkbezorging of door diens gemachtigde.

Een akte die voldoet aan de voorwaarden inzake bekwaamheid en gesteld is in de vorm van akten van uiterste wilsbeschikking en waarbij de overledene de uitdrukkelijke wens te kennen geeft zijn stoffelijk overschot te doen verbranden, kan als aanvraag tot crematie gelden.

§ 2 - De ambtenaar van de burgerlijke stand of de procureur des Konings weigert de toestemming als de overledene door middel van een in § 1, tweede lid, bedoelde akte de voorkeur heeft gegeven aan een andere wijze van lijkbezorging of als hem een verzoek zoals bedoeld in § 3<sup>ter</sup> kennis is gebracht.

§ 3 - Iedere persoon die bij het verlenen of de weigering van de toestemming belang heeft, kan daartoe een verzoek indienen bij de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg van de plaats waar de aanvraag om toestemming werd ingediend.

Van het verzoek wordt kennis gegeven aan de andere partijen die bij het verlenen of de weigering van de toestemming belang hebben, alsook aan de ambtenaar van de burgerlijke stand of aan de procureur des Konings bij wie de aanvraag om toestemming werd ingediend.

De in het eerste lid vermelde voorzitter beslist over de aanvraag zoals in kort geding, nadat het openbaar ministerie is gehoord.

**Art. 27.** § 1 - Bij de aanvraag om toestemming tot crematie wordt een attest gevoegd waarin de behandelende geneesheer of de geneesheer die het overlijden heeft vastgesteld, vermeldt of het overlijden te wijten is aan een natuurlijke of gewelddadige of verdachte of niet vast te stellen oorzaak.

Gaat het om het lijk van een persoon die in een gemeente van het Duitse taalgebied overleden is en heeft de in het eerste lid bedoelde geneesheer bevestigd dat het een natuurlijk overlijden betreft, dan wordt het verslag bijgevoegd van een beëdigd geneesheer die door de ambtenaar van de burgerlijke stand is aangesteld om de doodsoorzaken na te gaan. In dit verslag wordt vermeld of het overlijden te wijten is aan een natuurlijke of gewelddadige of verdachte of niet vast te stellen oorzaak.

Het ereloon en alle kosten van de door de ambtenaar van de burgerlijke stand aangestelde geneesheer zijn ten laste van de gemeente waarin de overledene in het bevolkings-, vreemdelingen- of wachtregister ingeschreven is, of, indien hij nergens ingeschreven is, waarin de persoon overleden is.

§ 2 - De ambtenaar van de burgerlijke stand zendt het dossier aan de procureur des Konings toe als :

- 1° omstandigheden het vermoeden van een gewelddadige of verdachte of niet vast te stellen oorzaak van overlijden wettigen;
- 2° de geneesheer in een van de onder § 1 voorgeschreven documenten niet heeft kunnen bevestigen dat er geen tekens of aanwijzingen van een gewelddadige of verdachte of niet vast te stellen oorzaak van overlijden zijn.

In dat geval kan de toestemming tot crematie eerst worden verleend nadat de procureur des Konings aan de ambtenaar van de burgerlijke stand heeft laten weten dat hij er zich niet tegen verzet.

**Art. 28.** De procureur des Konings handelt zoals voorgeschreven is in artikel 81 van het Burgerlijk Wetboek.

De familie of de persoon die belast is met de lijkbezorging kan de lijkschouwing steeds doen bijwonen door een geneesheer van haar of zijn keuze.

**Art. 29. § 1** - De as van de gecremeerde lijken wordt in urnen geplaatst die binnen de omheining van de begraafplaats :

- 1° in een gewoon graf of in een grafconcessie worden begraven;
- 2° in een columbarium worden bijgezet.

De as kan worden uitgestrooid op een daartoe bestemd perceel van de begraafplaats.

De as van de overledene wordt met respect en eerbied behandeld en mag geen voorwerp uitmaken van een commerciële activiteit, met uitzondering van de activiteiten die verband houden met het uitstrooien of begraven van de as of met het overbrengen ervan naar de plaats waar de as bewaard zal worden.

§ 2 - Indien de overledene dit schriftelijk heeft bepaald of, indien het om een minderjarige gaat, op verzoek van de ouders resp. de voogd of, bij gebrek aan een schriftelijk document, op verzoek van de persoon die belast is met de lijkbezorging, kan de as van gecremeerde lijken :

- 1° op een andere plaats dan de begraafplaats, echter niet op het openbaar domein, worden uitgestrooid of begraven;
- 2° in een urne ter beschikking worden gesteld van de nabestaanden om te worden bewaard op een andere plaats dan de begraafplaats.

Indien het een terrein betreft dat niet in eigendom is van de overledene of zijn nabestaanden, is een voorafgaande, schriftelijke toestemming van de eigenaar van het betrokken terrein vereist.

Bij gebrek aan een schriftelijke toestemming van de eigenaar van het terrein of indien er een einde komt aan de bewaring van de as op een andere plaats dan de begraafplaats, wordt de as naar een begraafplaats gebracht om er begraven, in een columbarium bijgezet of uitgestrooid te worden.

De persoon die de as in ontvangst neemt, is verantwoordelijk voor de naleving van deze bepalingen.

§ 3 - Onverminderd de bepalingen van de §§ 1 en 2 kan op verzoek een symbolisch gedeelte van de as van de overledene gegeven worden aan de echtgenoot, de wettelijk samenwonende en de bloed- of aanverwanten van de eerste graad. De as wordt in een gesloten bus met respect en eerbied bewaard.

§ 4 - De §§ 2 en 3 gelden niet voor de as van foetussen.

#### HOOFDSTUK 4. — *Slobepalingen*

**Art. 30.** De Regering kan van de bepalingen van dit decreet afwijken, ofwel met het oog op de uitvoering van internationale verdragen, ofwel met het oog op de bescherming van de bevolking tegen de gevaren van verspreiding van besmettelijke ziekten of van besmetting door ioniserende stralingen.

**Art. 31.** Onverminderd de toepassing van de straffen bepaald in de artikelen 315, 340, 453 en 526 van het Strafwetboek worden overtredingen van dit decreet gestraft met de politiestrafen of administratieve sancties bepaald door de gemeenteraad.

**Art. 32.** Artikel 8, eerste lid, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt aangevuld met een bepaling onder 7, luidende :

“7° het reglement op de begraafplaatsen.”

**Art. 33.** De wet van 20 juli 1971 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging wordt opgeheven, met uitzondering van :

- artikel 2, eerste tot derde lid;
- artikel 15*bis*, § 2, tweede lid;
- artikel 23*bis*;
- artikel 24, tweede lid, 2°;
- artikel 27.

**Art. 34.** De reglementen op de begraafplaatsen van de gemeenten voldoen tegen 30 juni 2012 aan de voorschriften van dit decreet.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.  
Eupen op 14 februari 2011.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur, Media en Toerisme

H. MOLLERS,

Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

—  
Nota

Zitting 2010-2011 :

*Parlementaire stukken* : 47 (2010-2011), n° 1. — Ontwerp van decreet : 47 (2010-2011), n° 2. — Voorstellen tot wijziging : 47 (2010-2011), n° 3. — Verslag.

*Integraal verslag* : 14 februari 2011, nr. 21. — Bespreking en aanneming.